

„Berliner Tageblatt“
erschien heute, am Montag, den 2. Oktober 1907, in 12 Ausgaben...



Verantwortlicher Redakteur:
Druck und Verlag von Rudolf W. Banniggen in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung.

Nr. 504
36. Jahrgang

Freitag
4. Oktober 1907

Hierzu die Wochen-Beilage
„U.L.K.“ No. 40.

Die Einwanderung in Amerika.

Zus dem Bericht
der amerikanischen Einwanderungskommission.

Die ziemlich unbeschränkte und unregelmäßige Einwanderung
aus den Staaten des West-, Nord-, Süd- und nicht zuletzt
Osteuropas, die eine „bessere Heimat“ suchen, hat in den Vereinigten Staaten gewisse Mißstände hervorgerufen, deren Beseitigung vom Parlament und der Presse seit längerem gefordert wird.

Das Hauptbedenken, mit dem man all diesen für die nationale
Entwicklung bedenklichen Probleme beizukommen hofft, heißt
auch im Grunde der Freiheit: „Quota“, die Zahl der zu
erlaubt ist. Man hat die Sache in den Vereinigten Staaten
nun gründlich angefaßt und, um die gefassten Beschlüsse
durchzusetzen, ist vor kurzem von London aus in die Heimat zurück-
gekehrt. Sie hat überall bei den europäischen Regierungen
Entgegenkommen und Unterstützung gefunden und dem Präsi-
denten Roosevelt einen umfassenden Bericht überreicht, dessen
Schlußfolgerungen sich, zu bestimmten Anzeigungen verbindet,
in der nächsten Woche des Präsidenten wiederfinden dürften.

Fast von allen europäischen Regierungen
hat die Kommission die Zusage erlangt, daß
gelegentlich Maßnahmen zur Beschränkung
der Einwanderung durch den amerikanischen Kongress
nicht zu verhindern sind, die in Europa zu
führen würden, was es selbst Japans anläßlich der
Beschränkung der Zuwanderung von Japanern gesehen ist.

Die hauptsächlichsten Staaten in Europa sind vielmehr
nach den von der Kommission gemachten Eindrücken be-
trachtet, ihre Bevölkerung so viel wie möglich von der Zuwanderung
ab zu halten und in diesem Sinne das geplante Vorgehen
der Vereinigten Staaten häufig zu unterstützen.

Die Kommission teilte bei ihrer „Fortsetzung“ Europa
in zwei Teile, einen nördlichen und einen südlichen. In dem
ersten Teile bot sich ihren Arbeiten nicht die geringste
Schwierigkeit dar. Die Auswanderer aus England, Schott-
land und Irland sowie den skandinavischen Ländern gehören
nicht zur Klasse der „unerwünschten“ assimilierten sich
leicht in neuen Lande und bilden bald einen Stamm guter
amerikanischer Bürger. Gleich gilt von den Einwanderern
aus dem Deutschen Reich. In den genannten Ländern
waren daher Verhandlungen mit den Regierungen von neben-
sächlichem Interesse, die Tätigkeit der Kommission beschränkte
sich hier im wesentlichen auf die Festschreibung der
Zahlen, Bremen von denen aus der größte Teil
der osteuropäischen Auswanderer den Weg nach der neuen
Welt nehmen.

daran, die Auswanderung zu befördern, andererseits brauchen
sie nicht zu befürchten, daß selbst sehr strenge Einwanderungs-
gesetze in den Vereinigten Staaten ihrer Erhaltungsfähigkeit
entbehren könnten, da diese die denkbar beste Klasse von Ein-
wanderern darstellten.

Die deutsche Regierung nahm einen besonderen
Standpunkt ein. Sie ist von wirtschaftlichen und
militärischen Gesichtspunkten aus der Auswanderung
direkt feindlich gesinnt. Deutschland betrachtet es
nicht dem gegenwärtigen Stand seiner Entwicklung als
eine durchaus unwillkommene Erscheinung, daß jährlich
30,000 bis 40,000 Personen, meist in den allerbesten Lebens-
jahren, durch Auswanderung der Produktions- und Ver-
teidigungskraft des Landes verloren gehen. Die deutsche
Regierung soll daher versprochen haben, sich gegenüber den
amerikanischen Wünschen auf Beschränkung der Einwanderung
günstig zu stellen unter der Bedingung, daß dem natürlichen
Zustand zwischen den beiden Ländern keinerlei Beschränkungen
auferlegt werden.

Die Haltung der übrigen europäischen Regierungen ist sehr
verschieden. In Italien ist in den Regierungskreisen die
Stimmung beinahe gleich für und wider die amerikani-
schen Vorschläge. Man befaßt sich mit dem Vorhaben,
20,000 Auswanderer, der die Landwirtschaft ernstlich be-
nachteiligt und auch gewissen Zweigen der Industrie schädlich
Arbeitskräfte entzieht. Man schickt aber auf der anderen
Seite einen Ausblick darin, daß die italienischen Aus-
wanderer recht häufig für einen Teil des Jahres nach der
Heimat zurückkehren. Selbst die drüben Bleibenden scheinen
den amerikanischen Finanzinstituten nicht zu trauen und
senden ihre Ersparnisse an italienische Bankhäuser. Ein
italienischer Arbeiter verdient in Amerika in sechs Monaten
das gleiche, was er in Italien in zwei Jahren verdient. Daher liefern
die nützlichsten und besten Arbeiter aus Italien, die
niedrigsten und schlechtesten Auswanderer, ob sie für von ihnen
erhaltenen Summen selbst in die Heimat zurückkehren oder son-
stige überweisen, dem Lande jährlich einen recht erwünschten
finanziellen Kapitalzufluß.

In Desterreich-Ungarn sollen sich die Behörden als
Gegner der starken Auswanderung gezeigt und bereits erklärt
haben, mit schärferer Durchführung aller landes-
rechtlichen Vorschriften und einer Einwanderungsbeschränkung
in Amerika nicht in den Weg zu legen.

Die russische Regierung betrachtet die Frage
von reinen Zweckmäßigkeitsstandpunkten. Gegen die Massen-
wanderung der Juden und Polen hat sie nichts einzu-
wenden. Sie ist andererseits bereit, dafür zu sorgen, daß
nur im ganzen gesunde Personen auswandern. Sie dürfte
aber auch ihr Augenmerk darauf richten, das Verlassen des
Landes denjenigen Auswanderungslustigen zu wehren, die
aufsteigende Vermögen besitzen.

Griechenland, die Türkei und die Balkan-
staaten zeigten sich nicht sonderlich entgegenkommend.
Gern möchten sie die wohlhabenden Elemente im Lande be-
halten, die vielen Armen lassen sie aber ohne Bedenken,
obwohl auch sie einen Protest gegen stärkere Beschränkungen
von amerikanischer Seite nicht erheben würden.

Der Gesamtindruck, den die Kommission empfing,
ist, daß sich in Europa nur wenig Widerstand gegen
ein neues amerikanisches Einwanderungs-
gesetz erheben würde. Höchstens würde sich Opposition
seitens Italiens zeigen, doch sie auch dieses Land dazu
mitzurufen bereit, daß die Abwanderung wirtschaftlich ungeeigneter
unterbleibe.

Die bisherigen Vorkerkungen in Europa zur
Einklang der Auswanderer bezeichnen die Kommission als
verbesserungsbedürftig. Wirklich bedrückend hat sie nur das
fortwählig durcheinander System der deutschen Kontroll-
stationen für russische Auswanderer, dem sie ausgezeichnete
Wirkungen in landesrechtlicher Hinsicht nachrächt. In Italien
und Desterreich-Ungarn sei von den Regierungen und
den Dampfgesellschaften in dieser Richtung noch viel zu tun.
In Brasilien habe man amerikanische Einwanderer zugelassen, die
im letzten Jahr 15,800 Auswanderer zurückwiesen. Zu er-
streben sei die Weiterentwicklung dieses Systems und seine
Ausdehnung auf alle osteuropäischen Gassen unter gleichzeitiger
Erweiterung der Kontrollstationen der amerikanischen Konsuln.

Besonders schwierig ist nach Ansicht der Kommission die
Frage, wie die Zuwanderung bereits vorbestandener Verbrecher
verhindert werden könne. Die Verhinderung der Bestrafung
ist außer Acht zu lassen. Die europäischen Regierungen
müßten ganz allgemein entwerfen die Personalkategorien
aller Vaterländischen bestimmter Kategorien, die nach Amerika
unterwegs sind, gleichmäßig den amerikanischen Behörden
melden, oder die Abfahrt solcher Personen verbieten. Anders
als mittels dieses recht heissen und schädlichen Verfahrens sei
die Frage kaum zu lösen. Nebenbei empfiehlt die Kommission
die Überwachung der Bestimmung des neuen europäischen
Fremdenverkehrs, wonach gegen jeden Ausländer, der wegen
eines Verbrechens verurteilt wird, vom Gericht außerdem auf
Landesverweisung erkannt werden kann.

Gegen die letzte Anregung könnte man aber gerade vom
amerikanischen Standpunkte aus wohl Bedenken geltend
machen. Sie müßte dazu führen, daß gerade die schlechtesten
Elemente am schnellsten danach trachten würden, das ameri-
kanische Bürgerrecht zu erlangen.

Über den Entwurf eines Reichstages- und Verfassungs-
gesetzes, welches einen und angeblichen Selbst-Telegramm
betreffend die Reichstags- und Verfassungs-
gesetzgebung, die die Befugnisse, die die Reichstags-
gesetzgebung das gute württembergische Reichs- und Ver-
fassungsgesetz verschlechtert werden, nicht württembergisch
Verhältnisse als ein einziges Ganzes zu betrachten zu lassen.

Der Oberleutnant hat, wie aus ein Privat-Telegramm
ersieht, den Protest der Position in Stuttgart gegen die Wahl des
Königs von Schweden an Stelle des bekannten Friedrichs Graf zurückge-
wiesen. Die Wahl des Grafen von Schweden ist somit bestätigt.

Der Kaiserbesuch in Holland.

Aus amtlicher niederländischer Quelle geht
folgende Mitteilung an:
Zum letzten Male seit Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1891 zum
Besuche der Königinwitwe in Amsterdam. Damals war Königin
Wilhelmina noch miterbreglich, und die Königin-Mutter führte für
sie die Regentschaft. Erst viele Jahre später machte Königin
Wilhelmina ihren eigenen Besuch in Deutschland. Am 31. Mai 1901,
also zehn Jahre nach dem Kaiserbesuche, kam die Kaiserin
in Begleitung ihres Gemahls zum Besuche nach Potsdam.
Königlich der Entschlossenheit des Kaisers, die beiden
Königinnen zu empfangen, wurde der Kaiserin durch den
Königlichen Hofmarschall in Potsdam, Grafen v. Helldorf,
mitgeteilt. Der Kaiser und die Königin wieder zusammen. Die
Königin wohnte damals in dem ihr gehörenden Schloß
Dobbin bei Schwerin und nahm an der Denkmalsentdeckung
gemeinsam mit dem Kaiser teil. Bei dieser Gelegenheit dürfte man
zum ersten Male den nun in Aussicht stehenden Besuch besprechen
haben. Die weiteren Einzelheiten wurden im Laufe des Monats
September zwischen dem deutschen Gesandten in Haag und
dem niederländischen Regierung geteilt.

Der holländische Gesandte in Berlin, Baron Gevers, wird sich
während der Zeit des Kaiserbesuches im Haag aufhalten. Es soll
aber aus diesem Umstande nicht der Schluß gezogen werden,
daß der Besuch eine politische Bedeutung habe. Die Beziehungen
der beiden Staaten sind die denkbar besten. Am 20. November
hat der Kaiser den holländischen Gesandten in Haag und
den holländischen Gesandten in Berlin, Baron Gevers,
in Potsdam empfangen. Der Kaiser und die Kaiserin werden im
Königlichen Schloß in Potsdam wohnen. In Aussicht genommen
ist vorläufig eine Festtafel im königlichen Schloß, eine
Tafel im holländischen Schloß, eine Tupperbeere, eine
Tafel im holländischen Schloß und ein Besuch der Hofkapelle.

Rudolf v. Bennigsen.

In dieser denkwürdigen Zeit, in der kaum ein Tag
vergeht, ohne daß Hört und Wört irgendein Standbild
enthalten und mit schönen Worten versehen, entpuppt es
sich ein Bedürfnis, auch einem Mann vom Range Rudolf v. Bennigsen
ein Denkmal zu setzen. Bei all den Fürsten und Staats-
männern, deren in Erz oder Marmor gebildete Züge der
Nachwelt aufbewahrt werden, und denen sich höchstens ein-
mal ein Vertreter der Kunst und Literatur oder der Wissenschaft
approbierten Wissenschaft hinzugesellt, ist es nichtig, das
deutsche Volk gelegentlich daran zu erinnern, daß es auch
bereits einige Politiker von Talent und Charakter hervor-
gebracht hat.

Die Zeit unseres Parlamentarismus ist verhältnismäßig
kurz; so konnte es nicht weiter ausfallen, daß außer den
Standbildern von Bismarck und Schlichter, die sich
kaum sonst ein Volksetzter sein Denkmal
gefunden hat. Virchow allerdings wird sich demnach der
erklärten Welt in der Gestalt des die Hydra
besämpfenden Herkules zeigen; aber er war eben nicht
bloß Politiker, sondern nebenbei ein Gelehrter von Welt Ruf.
Und das Standbild von Eugen Richter, das seine An-
hänger planen, ruht noch im Schoße der Zukunft.
So ist das Denkmal Rudolf v. Bennigsen, das gestern in
Hannover enthüllt wurde, schon als Merkmal des neuen
Deutschlands interessant. Wer man würde der Persön-
lichkeit Bennigsen nicht gerecht werden, wollte man
betrachten, daß er für seine Zeit und Umgebung wirk-
lich eine nationale Bedeutung beanspruchen
durfte. Als „großer Deutscher“, wie es in solchen
Standbildern Beiworten sehr feigeigige Fürst
in seinem Telegramm tut, braucht man Herrn v. Bennigsen
deshalb noch nicht zu bezeichnen. Wir haben ohnehin schon
recht zahlreiche „große“ Männer im letzten Stadium ak-
zeptieren müssen. Über Bennigsen war ein Mann von nation-
aler Energie und gleichzeitig von liberaler Tendenz. Er
repräsentierte den ausgeprägten Typus des Niederländers
in seiner Bedächtigkeit und Zähigkeit wie in seinem Sinn
für den glücklichen Fortschritt. Nur ein Mann, der
im Kern seines Wesens national und doch empfindend,
konnte sich so reich an der kleinasiatischen Frage zu einer
unfassenden Betrachtung der deutschen Frage ent-
wickeln; und nur ein Mann, in dem der liberale Grund-
zug durch alle bürgerlichen Rücksichten nicht völlig erstickt
werden konnte, vermochte auch in entscheidenden Augen-
blicken das gelobte Wort zu finden.

Nicht, als ob es bei Bennigsen ohne Menschlichkeit ab-
gegangen wäre. Aber es hätte den Mut, selbst einem